

Von der Landes- in die Bundesregierung - Über die Bedeutung der vorherigen Regierungsbeteiligung auf Bundesebene für die Aufstiegschancen von Mitgliedern der Landesregierung in die Bundesregierung

Luca Sebastian Schmucker

Georg-August-Universität Göttingen, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Göttingen, Deutschland

Abstract

Diese Arbeit behandelt den Themenbereich der Rekrutierung von Mitgliedern der Regierung der Bundesregierung Deutschland. Hierbei fokussiert sie sich auf die Wahrscheinlichkeit, dass ein Bundesregierungsmitglied aus einer Landesregierung aufsteigt. Die Hypothese dieser Arbeit ist, dass diese Wahrscheinlichkeit, wenn die Partei des neuen Regierungsmitglieds im Moment der Ernennung beziehungsweise Wahl ins Amt nicht Mitglied der Bundesregierung ist, erhöht ist. Diese Hypothese wird mittels deskriptiver Statistik bestätigt. Darüber hinaus zeigt sich in dieser Arbeit, dass der Zusammenhang zwischen vorheriger Bundesregierungszugehörigkeit und mit dem Umstand, dass ein neues Bundesregierungsmitglied aus einer Landesregierung aufgestiegen ist, sich in jüngster Zeit abgeschwächt hat und zwischen Parteien verschieden ausgeprägt ist.

Einleitung

Als nach der Bundestagswahl 2021 die Unionsparteien erstmals seit 2002 nicht als stärkste Kraft aus einer Bundestagswahl gingen, zeichnete sich in der folgenden Regierungsbildung eine Koalition ohne sie ab: Die Ampelkoalition aus SPD, FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Die Liberalen und die Grünen waren damit neu in der Bundesregierung, während die SPD bereits vorher Teil der Regierungskoalition gewesen ist. Im ersten Kabinett von Olaf Scholz sind zwei Minister*innen¹ Mitglied, die kurz vorher noch Minister*innen in Rheinland-Pfalz waren, Anne Spiegel und Volker Wissing. Spiegel ist Mitglied bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Wissing bei der FDP. Von den Regierungsmitgliedern der SPD ist hingegen niemand kurz vorher Mitglied einer Landesregierung gewesen (vgl. Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung 2022).

An diesem Beispiel zeigt sich, dass die Parteien, die vorher nicht an der Bundesregierung beteiligt waren, Parteimitglieder aus Landesregierungen in die Exekutive der Bundesebene hochzogen, während die Partei, die vorher bereits an der Bundesregierung beteiligt war, dies nicht tat. Aus diesem beobachteten Sachverhalt lässt sich folgende Frage formulieren: Welche Rolle spielt die vorherige Bundesregierungszugehörigkeit der eigenen Partei bei der Wahrscheinlichkeit, mit der die neu nominierten Bundesregierungsmitglieder kurz vorher Mitglieder von Landesregierungen waren?

Da die Mitgliedschaft in der Bundesregierung als Minister*in oder Kanzler*in in der Regel als Höhepunkt der politischen Karriere betrachtet wird (vgl. Fischer/Kaiser 2011, S. 192; Gruber 2009, S. 186; Vogel 2009, S. 1), ist die Analyse der Einflüsse, die die Nominierung von Bundesregierungsmitgliedern mitbestimmen, essentiell für die Analyse von Karrieren in der Politik. Doch nicht nur als Höhe- und Zielpunkt von Politiker*innenkarrieren hat die Bundesregierung in Deutschland eine enorme Bedeutung. Durch die Globalisierung, der Abgabe von Kompetenzen an die EU und nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat die Bedeutung der bundesdeutschen Exekutive stark zugenommen, auch die Personalisierung in der modernen Medienlandschaft hat diese Tendenz verstärkt. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Kanzler*innen- und Minister*innenrekrutierung ebenfalls ein relevantes Untersuchungsfeld. Der Unterschied dieser zu vielen anderen Arbeiten, die die allgemeine Verknüpfung zwischen föderalen Ebenen analysieren, ist, dass es hier allein um die Verknüpfung der Exekutiven auf verschiedenen Ebenen eines föderalen Mehrebenensystems geht und um die Einflüsse auf die Rekrutierung auf der oberen Exekutivebene.

Nach einer Zusammenfassung zu den Karriereverläufen von Minister*innen auf Bundesebene und Kanzler*innen und den verschiedenen Einflüssen auf ihre Ernennung beziehungsweise Wahl werden Hypothesen aufgestellt, bevor die Ursprungsfrage empirisch untersucht wird. Dafür werden zu Beginn die entscheidenden Definitionen und die Vorgehensweise bei der statistischen Auswertung erläutert. Anschließend werden die empirischen Ergebnisse vorgestellt und die Hypothesen überprüft werden. In einem letzten Schritt sollen die Ergebnisse zusammengefasst werden und herausgearbeitet werden, was man mit den Ergebnissen aussagen kann, aber auch, was aus ihnen nicht geschlussfolgert werden kann. Im Anschluss werden noch mögliche weitere Forschungsfragen, den in Zukunft nachgegangen werden könnte, vorgestellt.

Auswahl der Mitglieder der Bundesregierung

Im Folgenden sollen die Faktoren bei der Auswahl von Mitgliedern der Bundesregierung kurz zusammengefasst werden. Dabei soll angelehnt an einen Text von Jörn Fischer und André Kaiser (vgl. 2011, S. 200) zwischen der Selbst- und der Fremdselektion unterschieden werden. Die Selbstselektion umfasst die Karrierepfade, die Politiker*innen bestenfalls bestreiten, damit sie in den Pool potenzieller Bundesregierungsmitglieder gelangen. Die Fremdselektion umfasst die weiteren Faktoren, die ebenfalls bei der Auswahl der Mitglieder der Bundesregierung aus dem Pool der potenziellen Kandidat*innen eine Rolle spielen.

Selbstselektion: Karriereverläufe von Mitgliedern der Bundesregierung

Für das Amt der Bundesminister*in oder der Bundeskanzler*in gibt es keinen linearen Karriereweg, jedoch zeigt sich, dass verschiedene Karrierestationen bei Personen, die diese Ämter einnehmen, häufiger auftreten. Zu beachten ist, dass immer weniger Expert*innen die entsprechenden Ministerien übernehmen, sondern generell eine Tendenz hin zu Generalist*innen zu erkennen ist (vgl. Fischer/Kaiser 2010, S. 37). Der*Die Minister*in als Expert*in ist in Deutschland ein Phänomen aus der westdeutschen Staatsgeschichte (vgl. Armbruster 1973, S. 95), das im vereinten Deutschland eine untergeordnete Rolle spielt.

Eine wichtige Rolle als Karrierestation ist ein Mandat im Bundestag (vgl. Fischer/Kaiser 2009, S. 151; Fischer/Kaiser 2011, S. 196), wobei hier vor allem jene für einen Posten als Minister*in infrage kommen, die in ihren Fraktionen gehobene Positionen und Ämter einnehmen, beispielsweise Mitglied im Fraktionsvorstand sind (vgl. Fischer/Kaiser 2010, S. 38). Dies entspricht auch dem Verlinkungsansatz, nach dem in einem parlamentarischen Regierungssystem die Parlamentsmehrheit und die von ihr gestützte Regierung eng miteinander verschränkt sind (vgl. Vogel 2009, S. 43). Der relative Anteil an Mitgliedern der Bundesregierung, die zugleich auch Mitglied des Bundestags sind, hat jedoch seit der Regierung von Gerd Schröder abgenommen (vgl. Vogel 2009, S. 43-44).

Da die Parteien Gatekeeper für die Nominierung für Wahllisten und Kandidat*innenposten für die Bundestagswahl sind (vgl. Borchert/Golsch 1999, S. 125-126; Detterbeck 2011, S. 145), spielen die Parteien auch eine große Rolle bei den Karrieren von Minister*innen. Die meisten Bundestagsabgeordneten haben eine Parteikarriere hinter sich, Personen ohne diese gelangen seltener an Mandate (vgl. Ohmura et al. 2018, S. 170). Jedoch spielen Parteilaufbahnen nicht nur rein als Vorbereitung auf ein Mandat eine Rolle, Parteiämter haben auch für sich eine gewichtige Rolle. Und so finden sich bei den Karrierewegen vieler Bundesregierungsmitglieder sowohl Parteiämter als auch Bundestagsmandate und ein hohes Parteiamt kann die Wahrscheinlichkeit, in die Regierung aufzusteigen, erhöhen.² Zur Kommunalebene sind hierzu wenige Daten erhältlich, aber bis 2003 hatten 59 % der Bundesminister*innen zuvor Parteiämter auf der Landesebene und 54 % auf Bundesebene (vgl. Fischer/Kaiser 2011, S. 195-196). Die Bedeutung der Parteizugehörigkeit im Allgemeinen zeigt sich auch darin, dass es in der Bundesrepublik seit 1949 lediglich vier parteilose Minister*innen gab.

Die Bedeutung von Parteiämtern auf der Landesebene zeigt, dass die Landesebene ein wichtiges Reservoir für Ämter in der Bundesregierung ist (vgl. Gruber 2009, S. 189). Dies gilt auch für die Exekutive der Landesebene. Fischer und Kaiser (vgl. 2011, S. 197) betonen, dass viele Bundesminister*innen vorher Mitglied einer Landesregierung waren. Auch fünf der neun Bundeskanzler*innen (Kiesinger, Brandt, Kohl, Schröder, Scholz) waren vorher Ministerpräsident*innen (vgl. Gruber 2009, S. 189; Manow 2005, S. 256-257; Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung 2022). Eine Mitgliedschaft in der Legislative

der Landesebene, also einfache Landtagsmandate, scheinen hingegen in der Regel nicht als Sprungbrett für einen direkten Aufstieg in die Bundesregierung zu reichen (vgl. Gruber 2009, S. 190), können jedoch eine Zwischenstation darstellen. So kam Jean-Louis Thiébault (vgl. 1991, S. 37) zu dem Ergebnis, dass 40 % aller Bundesminister*innen zuvor Mitglied in einem Landesparlament waren.

Fremdselektion: Rekrutierungsfaktoren

Nachdem nun typische Karrierestationen von Minister*innen vorgestellt wurden, soll an dieser Stelle kurz erläutert werden, welche weiteren Faktoren bei der Rekrutierung aus dem Pool geeigneter Kandidat*innen eine Rolle spielen.

Formal gesehen ist es nach GG Art. 64 A so, dass ein*e gewählte*r Bundeskanzler*in die Bundesminister*innen vorschlägt, die dann von dem*der Bundespräsident*in ernannt werden (vgl. Fischer/Kaiser 2011, S. 193; Ismayr 2001, S. 105). Jedoch lassen „[d]ie formalen Regelungen [...] [einen] breiten Spielraum für intra- und interparteiliche Verhandlungen im Kabinettsbildungsprozess“ (siehe Fischer/Kaiser 2011, S. 194). Die Überlegungen der*des Kanzler*in umfassen dabei sowohl Fragen der Repräsentation als auch die Frage des Umgangs mit potenziellen Konkurrent*innen. Darüber hinaus muss der*die amtierende Kanzler*in Rücksicht auf die anderen Koalitionsparteien nehmen (vgl. von Beyme 1971, S. 126).

Bei der Frage der Repräsentation spielt der Proporz eine entscheidende Rolle. Berücksichtigt werden müsse die verschiedenen Parteiströmungen, regionaler Proporz muss aufgrund der mächtigen Landesverbände beachtet werden (vgl. von Beyme 1971, S. 126; Fischer/Kaiser 2011, S. 200-201), insbesondere ist auch eine Berücksichtigung von Personen aus den neuen Bundesländern häufig wichtig, und dem Geschlechterverhältnis im Kabinett wird heutzutage auch eine wichtige Rolle zugesprochen (vgl. Fischer/Kaiser 2011, S. 200-201). Früher war auch die Konfession bei der Minister*innenauswahl ein Faktor, dies ist sie aber in der heutigen Kabinettsarithmetik nicht mehr (vgl. Fischer/Kaiser 2011, S. 200-201).

Weitere entscheidende Faktoren für die Chancen von Anwärter*innen auf ein Minister*innenamt sind die Anzahl der der Partei zustehenden Minister*innenposten und die Art der Ministerien, also welche Ressorts der Partei zustehen. Aufgrund der Themenschwerpunkte einzelner Parteien und der daraus resultierenden höheren Wahrscheinlichkeit, dass die Partei in einer Regierung ein thematisch nahes Ministerium anstrebt, kann es sich für Kandidat*innen daher lohnen, sich inhaltlich auf bestimmte Themenbereiche zu spezialisieren und sich nicht allein als Generalist*in aufzustellen (vgl. Fischer/Kaiser 2011, S. 201-203).

Hypothesen

Die Mitgliedschaft in einer Landesregierung ist ein wichtiges Element der Selbstselektion (vgl. Fischer/Kaiser 2011, S. 197). Dies ist empirisch gut belegt. Für den Zusammenhang zwischen der Wahrscheinlichkeit, dass ein neues Mitglied der Bundesregierung kurz zuvor

noch Mitglied einer Bundesregierung war, und der Bundesregierungszugehörigkeit der Partei zu dem Zeitpunkt, muss die Selbstselektion und Fremdselektion verknüpft werden. Für die hier zu untersuchende Frage ist ein Aspekt der Fremdselektion wichtig, der in der Forschung weniger vorkommt: Der Aspekt der Konkurrenz. Wenn eine Partei vorher nicht an der Bundesregierung beteiligt war, gibt es aufgrund der geringeren Anzahl von wichtigen Ämtern in der Opposition auf Bundesebene weniger Kandidat:innen für Regierungsämter. Neben der geringeren Konkurrenz kann als weiterer Faktor gedacht werden, dass für Regierungsämter auf Bundesebene Personen mit Regierungserfahrung gewünscht werden. Dass kann ein Argument für den Aufstieg von Politiker:innen aus der Landes- in die Bundesregierung sein, gerade ohne vorherige Regierungszugehörigkeit der Partei auf Bundesebene. Dies bedeutet nämlich, dass die Politiker:innen der Partei auf Bundesebene mit Bundesregierungserfahrung bereits einmal abgewählt wurden und daher mit einem Makel behaftet sind. Aus diesen beiden Argumenten wird folgende Hypothese abgeleitet:

H1: Die Wahrscheinlichkeit, dass ein neues Bundesregierungsmitglied im Jahr vor der Ernennung oder Wahl Mitglied einer Landesregierung war, ist höher, wenn die Partei vorher kein Teil der Bundesregierung war.

Da sich auch andere Elemente der Fremdselektion im Laufe der Zeit verändert haben (vgl. Fischer/Kaiser 2011, S. 200-201), soll auch überprüft werden, ob das bei dem hier untersuchten Zusammenhang auch der Fall ist. Daher soll folgende Hypothese geprüft werden:

H2: Der Einfluss der vorherigen Bundesregierungszugehörigkeit auf die Wahrscheinlichkeit, dass ein neues Bundesregierungsmitglied im Jahr vor der Ernennung oder Wahl Mitglied einer Landesregierung war, hat sich im Zeitverlauf verändert.

Darüber hinaus spricht die auch zwischen den Parteien unterschiedliche Fremdselektion, vor allem bei den Fragen, welche Gruppen wie beim Proporz bedacht werden müssen, dafür, dass auch bei der hier untersuchten Frage die Partei einen Unterschied macht:

H3: Beim Einfluss der vorherigen Bundesregierungszugehörigkeit auf die Wahrscheinlichkeit, dass ein neues Bundesregierungsmitglied im Jahr vor der Ernennung oder Wahl Mitglied einer Landesregierung war, gibt es Unterschiede zwischen den Parteien.

Die Hypothesen werden nach dem methodischen Vorgehen und der Datenauswertung mit Analyse diskutiert.

Methodisches Vorgehen

Eine kurze Erläuterung zum methodischen Vorgehen bei der statistischen Auswertung, die auf dem Stand des Abgabezeitpunkts dieser Arbeit ist.³ Die abhängige Variable ist der relative Anteil von derjenigen, die vorher Mitglieder von Landesregierungen waren, an den zu Mitgliedern der Exekutive auf Bundesebene benannten Personen. Wie dies gemessen wird, wird an späterer Stelle erläutert. Die unabhängige Variable ist die Zugehörigkeit zur Bundesregierung zum Zeitpunkt der Ernennung als Mitglied in dieser. Als Fälle dienen die Mitglieder der Exekutive auf Bundesebene. Die Fallauswahl ging folgendermaßen vonstatten: Es wurde nicht jede Ernennung von Minister*innen beachtet, sondern jede Kombination aus einer Person und einem Minister*innen- oder Kanzler*innenamt. Wenn

jemand also durchgängig über mehrere Amtsperioden Minister*in für ein bestimmtes Ressort war, ist dies nur einmalig in die Statistik eingegangen. Bei einer zeitlichen Unterbrechung zwischen zwei Amtsperioden desselben Ressorts und bei Ressortveränderungen⁴ sind mehrere Fälle in die Statistik eingegangen. Darüber hinaus sind interimswise Ernennungen nicht in die Statistik eingegangen, wenn beispielsweise ein*e Minister*in während der Regierungsbildung interimswise die Leitung eines zweiten Ministeriums übernommen hat. Auch parteilose Mitglieder der Bundesregierung wurden ausgeschlossen.⁵

Angelehnt ist diese Art der Fallauswahl an das Werk über die Biographien von Minister*innen und Kanzler*innen im Zeitraum von 1949 bis 1998 von Udo Kempf (vgl. 2001) sowie der Fortsetzung für den Zeitraum von 1998 bis 2005 von Kempf und Hans-Georg Merz unter Mitarbeit von Markus Gloe (vgl. 2008) und der Namensliste zur Zusammensetzung der Bundeskabinette aus ‚Das Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages‘ von der Redaktion Datenhandbuch. Inhaltlich begründet sind diese Entscheidungen dadurch, dass es durchaus als Unterschied in der Rekrutierung betrachtet werden kann, ob jemand neu eine Ministeriumsleitung übernimmt oder ob diese Person nur in der Leitung bestätigt wird. Wenn sich jedoch der Ressortzuschnitt verändert, stellt sich logischerweise die Frage, ob die alte Ministeriumsleitung auch für diesen neuen Zuschnitt passend ist, weshalb diese Fälle mitgezählt werden. Letztlich muss man jedoch feststellen, dass diese Art der Festlegung immer auch anders getroffen werden könnte. Daher ist es wichtig, zu überlegen, welche Auswirkungen auf die Ergebnisse die Festlegung in dieser Arbeit haben könnte. Festzuhalten ist hier, dass durch das Weglassen der Wiederernennung von Minister*innen oder die Wiederwahl von Kanzler*innen die Gesamtzahl der untersuchten Fälle, in der jemand Minister*in oder Kanzler*in wird bei vorheriger Regierungsbeteiligung der eigenen Partei kleiner ausfällt. Da unter in ihrem Amt bestätigten Minister*innen oder wiedergewählten Kanzler*innen jedoch keine sind, die vor ihrer Bestätigung Teil einer Landesregierung waren (denn sie waren ja Bundesminister*innen beziehungsweise Kanzler*innen) steigt dadurch der relative Anteil derer, die nach vorheriger Mitgliedschaft einer Landesregierung in die Bundesregierung aufsteigen. Dies ist bei der Auswertung zu beachten.

Für die abhängige Variable ist darüber hinaus eine wichtige Definition ist, wer als Mitglied von Bundesregierungen und wer als Mitglied von Landesregierungen gilt. Auf Bundesebene gehören GG Art. 62 die Minister*innen und der*die Kanzler*in zur Bundesregierung. Auf Landesebene gehören die Ministerpräsident*innen und die jeweiligen Landesminister*innen zu den Landesregierungen (vgl. bpb 2022). Die in einigen Bundesländern zu den Regierungen gehörenden Staatssekretäre oder -räte (vgl. bpb 2022) werden hier nicht beachtet, damit die Vergleichbarkeit zwischen den verschiedenen Landesregierungen gewahrt bleibt. Andere Bezeichnungen für die Landesregierung und für äquivalente Amtspositionen, beispielsweise Senator*innen im Bundesland Bremen, die äquivalent zu Minister*innen sind (vgl. bpb 2022), werden äquivalent eingeordnet. Für die statistische Auswertung ist zudem wichtig zu spezifizieren, wie der Aufstieg von einer Landes- in die Bundesregierung definiert ist. Wichtig ist hier vor allem die Frage, wieviel Zeit zwischen dem Ende der Mitgliedschaft in der Landesregierung und dem Beginn der Mitgliedschaft

in der Bundesregierung liegen darf, um noch von einem Aufstieg aus der Landes- in die Bundesregierung sprechen zu können. Auf den ersten Blick scheint die Wahl, nur einen direkten Wechsel zu zählen, naheliegend. Mit dieser sehr kurzen Frist würde man aber beispielsweise die Fälle von Minister*innen außen vor lassen, die ihr Landesregierungsamt aufgeben, weil sie in den Bundestag gewählt wurden und dann einige Wochen oder Monate später nach der erfolgreichen Regierungsbildung Mitglied der Bundesregierung werden. Gleichzeitig darf die Frist nicht zu groß sein. Wenn beispielsweise ein*e Minister*in nach dem Landesregierungsamt noch längere Zeit in andere Funktion beispielsweise in der Bundespartei tätig ist, beispielsweise Robert Habeck (vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2022), dann ist das Sprechen von einem Aufstieg aus der Landes- in die Bundesregierung unpassend. Daher muss eine Kompromisslösung gefunden werden. Im Folgenden wird die Frist von einem Jahr festgesetzt. Also ist die entscheidende Komponente, ob das Mitglied der Bundesregierung in den zwölf Monaten vor dem Beginn der Regierungstätigkeit auf Bundesebene Mitglied einer Landesregierung war. Auch diese Grenze ist bis zu einem gewissen Grad willkürlich, stellt aber einen angemessenen Kompromiss dar. Es kann angenommen werden, dass die meisten Politiker*innen innerhalb eines Jahres sich nicht durch ein neues Amt komplett neu profilieren können. Aus dieser Annahme kann geschlussfolgert werden, dass die nachfolgende Mitgliedschaft in der Bundesregierung (auch) als eine Folge der Angehörigkeit zu einer Landesregierung im Jahr vor der Ernennung oder Wahl verstanden werden kann. Um zu untersuchen, wieviel Einfluss das vorherige Landesregierungsamt im Einzelnen hatte, bräuchte es eine genauere, qualitative Analyse aller untersuchten Fälle oder einer ausreichend großen Gruppe möglichst repräsentativer Fälle. Das würde aber dem Umfang dieser Arbeit nicht entsprechen.

Im Folgenden wird nun die Kombination aus vorheriger Mitgliedschaft oder Nicht-Mitgliedschaft in einer Landesregierung von Bundesregierungsmitgliedern mit der Bundesregierungszugehörigkeit der jeweiligen Parteien vor der Ernennung der jeweiligen Personen untersucht. Zusätzlich werden noch die zeitliche Dimension und die Parteizugehörigkeit überprüft und in Zusammenhang mit den anderen Ergebnissen gebracht.

Datenauswertung und Analyse

Es wurden insgesamt 336 Fälle untersucht, von denen 333 schließlich Eingang in diese Endauswertung fanden. Drei Fälle parteiloser Minister*innen wurden aus den bereits erläuterten Gruppen ausgenommen⁶ und sind im Folgenden nicht berücksichtigt.

Gesamtergebnis

	Mitgliedschaft in einer Landesregierung im Jahr davor	Keine Mitgliedschaft in einer Landesregierung im Jahr davor
Vorherige Bundesregierungszugehörigkeit	14	231
Keine vorherige Bundesregierungszugehörigkeit	16	72

Tabelle 1. Absolute Häufigkeiten aller Fälle in den vier möglichen Ausprägungen.

Die statistische Auswertung zeigt, dass die Wahrscheinlichkeit, dass ein neues Mitglied der Bundesregierung im Jahr vor dem Amtsantritt Mitglied einer Landesregierung war, erheblich höher ist, wenn die Partei des neuen Mitglieds zuvor nicht Teil der Bundesregierung war. Eine Korrelation ist also eindeutig. Im Fall vorheriger Zugehörigkeit der eigenen Partei zur Bundesregierung lag die Wahrscheinlichkeit für den beschriebenen Fall bei 5,71 %. Wenn die Partei vorher kein Teil der Regierungskoalition auf Bundesebene war, lag die Wahrscheinlichkeit hingegen bei 18,18 %. Damit ist diese Wahrscheinlichkeit um den Faktor 3,18 höher.

Noch eindeutiger zeigt sich die erhöhte Wahrscheinlichkeit, dass ein neu ernanntes Mitglied der Bundesregierung im Jahr zuvor auch Mitglied einer Landesregierung war, wenn die Partei der Person zuvor nicht an der Regierung beteiligt war, wenn man die Ernennungen und Wahlen aus dem Jahr 1949 ausklammert. Da die in diesem Jahr gebildete Regierung die erste der Bundesrepublik Deutschland war und das politische System sich noch ausbildete, sind diese Ernennungen von Minister*innen und die Wahl von Kanzler Konrad Adenauer nur eingeschränkt mit den späteren vergleichbar. Wenn man also das Jahr 1949 außen vorlässt, dann bleibt logischerweise die Wahrscheinlichkeit, dass ein neues Mitglied der Bundesregierung im Jahr vor dem Amtsantritt Mitglied einer Landesregierung war, wenn die eigene Partei bereits in der Bundesregierung war, gleich, nämlich bei 5,71 %. Die Wahrscheinlichkeit für das untersuchte Szenario, wenn die eigene Partei vorher nicht in der Bundesregierung war, verändert sich allerdings. Ohne das Jahr 1949 zu berücksichtigen war in 15 von 74 Fällen das neue Mitglied der Bundesregierung im Jahr vorher Mitglied einer Landesregierung. Das entspricht einer Wahrscheinlichkeit von 20,27 %. Damit ist die Wahrscheinlichkeit hier bei Weglassung des Jahres 1949 um den Faktor 3,55 erhöht.

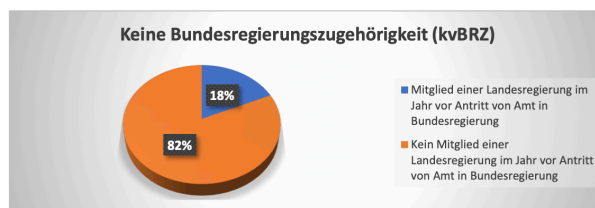


Abbildung 1. Wahrscheinlichkeit, dass ein neues Mitglied der Bundesregierung vorher Mitglied einer Landesregierung war, wenn die Partei vorher nicht Teil der Bundesregierung war.

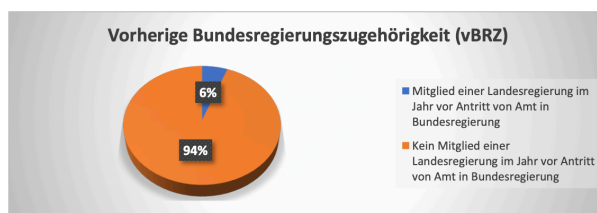


Abbildung 2. Wahrscheinlichkeit, dass ein neues Mitglied der Bundesregierung vorher Mitglied einer Landesregierung war, wenn die Partei vorher Teil der Bundesregierung war.

Zeitliche Unterschiede

Für die Überprüfung der zweiten Hypothese soll an dieser Stelle die zeitliche Entwicklung untersucht werden. In der folgenden Tabelle ist die zeitliche Entwicklung der Wahrscheinlichkeit eines Aufstiegs eines Mitglieds der Landesregierung in die Bundesregierung aufgezeigt in verschiedenen Zeitabschnitten. Als Einteilung wurden die Jahrzehnte genommen, nur beim ersten und beim letzten Jahrzehnt des Untersuchungszeitraums wurden die Randjahre dem Jahrzehnt zugeschlagen.

	1949-1959	1960-1969	1970-1979	1980-1989	1990-1999	2000-2009	2010-2021
Vorherige Landesregierungszugehörigkeit neuer Mitglieder der Bundesregierung, deren Partei vorher nicht Teil der Bundesregierung war	2 von 16 12,5 %	1 von 16 6,25 %	0 von 0 0 %	1 von 12 8,3 %	5 von 16 31,3 %	3 von 13 23,1 %	4 von 15 26,7 %
Vorherige Landesregierungszugehörigkeit neuer Mitglieder der Bundesregierung, deren Partei vorher Teil der Bundesregierung war	1 von 29 3,5 %	2 von 49 4,1 %	0 von 33 0 %	2 von 33 6,1 %	2 von 35 5,7 %	3 von 27 11,1 %	4 von 39 10,3 %
Faktor (Zeile 1/Zeile2)	3,63	1,53	-	1,38	5,47	2,08	2,6

Tabelle 2. Zeitliche Entwicklung nach Jahrzehnten sortiert.

Diese kurze Auswertung zeigt, dass über den gesamten Zeitraum die Wahrscheinlichkeit, dass ein neues Mitglied der Bundesregierung im Jahr vor dem Amtsantritt Mitglied einer Landesregierung war, höher war, wenn die eigene Partei vor Amtsantritt nicht Mitglied der Regierungskoalition auf Bundesebene war. Wieviel wahrscheinlicher dies ist, unterscheidet sich zwischen den Zeitabschnitten teilweise sehr stark, eine eindeutige Entwicklung ist nicht zu erkennen. Daher werden im Folgenden eine andere, inhaltlich begründete zeitliche Unterteilung untersucht werden.

Fischer und Kaiser (vgl. 2011, S. 197-198) stellten in ihrer Arbeit fest, dass seit 1998 die Bedeutung des Rekrutierungspools der Länderregierungen für die Bundesregierungsmitglieder über alle regierenden Parteien hinweg erheblich gewachsen ist. Daher sollte an dieser Stelle untersucht werden, ob auch die Bedeutung der Bundesregierungszugehörigkeit der eigenen Partei für die Wahrscheinlichkeit des Aufstiegs von Landesregierungsmitgliedern sich ab der ersten rot-grünen Koalition unter Schröder verändert hat.

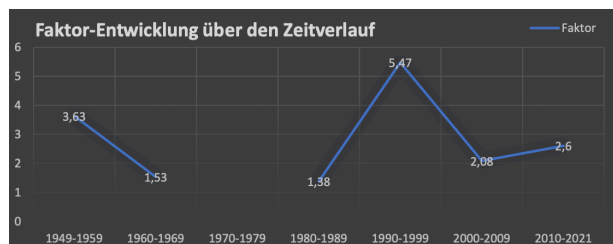


Abbildung 3. Entwicklung des Faktors, wieviel häufiger neue Mitglieder der Bundesregierung aus einer Landesregierung kamen, wenn ihre Partei zuvor nicht Teil der Bundesregierung war, im Zeitverlauf.

	Bis Kabinett Kohl V	Ab Kabinett Schröder I	Faktor I (Sp. 1/Sp. 2)
Vorherige Landesregierungs- zugehörigkeit neuer Mitglieder der Bundesregierung, deren Partei vorher nicht Teil der Bundesregierung war	4 von 45 8,89 %	12 von 43 27,91 %	3,14
Vorherige Landesregierungs- zugehörigkeit neuer Mitglieder der Bundesregierung, deren Partei vorher Teil der Bundesre- gierung war	5 von 177 2,82 %	9 von 68 13,24 %	4,69
Faktor II (Zeile 1/Zeile2)	3,15	2,11	
Vorherige Landesregierungs- zugehörigkeit neuer Mitglieder der Bundesregierung, unab- hängig davon, ob deren Partei vorher Teil der Bundesregierung war	9 von 222 4,05 %	21 von 111 18,92 %	4,66

Tabelle 3. Zeitliche Entwicklung bis zum Kabinett Kohl V und ab dem Kabinett Schröder I.

Auch in der Auswertung dieser aktuelleren Arbeiten zeigt sich, dass sich seit dem ersten Schröder-Kabinett die Wahrscheinlichkeit, dass Mitglieder der Bundesregierung im Jahr vor ihrer Ernennung als Minister*in beziehungsweise Wahl zum*zur Kanzler*in Mitglied einer Landesregierung waren, erhöht hat. Aber die statistische Auswirkung der Bundesregierungszugehörigkeit der Partei des neu ernannten oder gewählten Mitglieds der Bundesregierung ist in diesem Zeitraum um 33,02 % niedriger als im Zeitraum bis zum Kabinett Kohl V.

Unterschiede nach Parteien

Für die dritte Hypothese werden noch die Unterschiede nach Parteien aufgeschlüsselt. Dafür wird sich auf die Parteien CDU, CSU, FDP und SPD beschränkt. Die kleineren Regierungsparteien in der Anfangszeit der Bundesrepublik haben nicht genügend Fälle generiert für eine Untersuchung nach Parteizugehörigkeit. Ebenso ist es bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Es gab nur neun untersuchte Fälle dieser Parteizugehörigkeit.

	CDU	CSU	FDP	SPD
Vorherige Landesregierungszugehörigkeit neuer Mitglieder der Bundesregierung, deren Partei <i>vorher nicht Teil der Bundesregierung</i> war	3 von 21 14,29 %	0 von 8 0 %	3 von 19 15,79 %	8 von 26 30,77 %
Vorherige Landesregierungszugehörigkeit neuer Mitglieder der Bundesregierung, deren Partei <i>vorher Teil der Bundesregierung</i> war	6 von 89 6,74 %	1 von 40 2,5 %	0 von 31 0 %	7 von 82 8,54 %
Faktor II (Zeile 1/Zeile2)	2,12	0	-	3,6

Tabelle 4. Ergebnisse nach Parteien sortiert.

Aussagen über die statistische Bedeutung der vorherigen Zugehörigkeit zur Bundesregierung lassen sich nur bei CDU und SPD treffen. Hierbei ist der Faktor bei der SPD 80 % größer als bei der CDU. Auch ist bei der SPD der prozentuale Anteil der untersuchten Fälle, in denen die Mitglieder der Bundesregierung im Jahr vor der Ernennung oder Wahl Mitglied einer Landesregierung waren, höher.

Bei den anderen Parteien lassen sich nur einige andere Aussagen treffen. Die CSU beispielsweise hat, bis auf eine Ausnahme, keine neuen Bundesregierungsmitglieder die noch kurz zuvor Mitglied einer Landesregierung waren. Bei der FDP zeigt sich, dass nie Personen aus einer Landesregierung aufstiegen, wenn die Partei schon auf Bundesebene an der Regierungskoalition beteiligt waren.

Diskussion

Im Folgenden sollen die die empirischen Ergebnisse genutzt werden, um die Hypothesen zu überprüfen. Dabei soll, vor allem bei der recht abstrakten zweiten und dritten Hypothese, auch eine über die am Beginn dieser Arbeit thematisierten theoretischen Grundlagen der Hypothesen Erklärung der statistischen Beobachtungen versucht werden.

Hypothese 1: Einfluss der vorherigen Bundesregierungszugehörigkeit

Die erste Hypothese hatte sich mit der Grundthese beschäftigt und die Annahme beinhaltet, dass die vorherige Bundesregierungszugehörigkeit der eigenen Partei einen negativen Effekt auf die Wahrscheinlichkeit, dass ein Mitglied der Bundesregierung aus einer Landesregierung aufgestiegen ist. Dies hat sich bestätigt.

Statistische Beobachtung: Die Wahrscheinlichkeit, dass ein neues Bundesregierungsmitglied im Jahr vor der Ernennung oder Wahl Mitglied einer Landesregierung war, ist höher, wenn die Partei vorher kein Teil der Bundesregierung war.

Wie die statistische Auswertung gezeigt hat, ist die genannte Wahrscheinlichkeit um den Faktor 3,18 höher. Wie lässt sich das erklären? Zum einen ist die Angebotsseite, die durch die Besetzung von exekutiven Ämtern von Landesebene mit Personen aus Landesregierungen gefüllt wird. Mitglieder der Landesregierung bekommen durch ihr Amt sowohl öffentliche Reputation als auch Erfahrung in exekutiven Spitzenämtern. Zusätzlich arbei-

ten sie sich auch thematisch in bestimmten Themen ein. Letzteres ist aber angesichts der zunehmenden Tendenz zu Generalist*innen als Minister*innen (vgl. Fischer/Kaiser 2010, S. 37) weniger wichtig. In der Summe erscheinen sie dadurch jedoch sowohl innerparteilich als auch in der Öffentlichkeit als geeignete Kandidat*innen.

Doch das erklärt nicht, warum die Wahrscheinlichkeit abhängig von der Bundesregierungszugehörigkeit ist. Dies lässt sich nur von der Nachfrageseite her erklären. Wenn Personen neu Mitglieder der Bundesregierung werden, ohne, dass ihre Parteien vorher Teil der Regierungskoalition auf Bundesebene waren, bedeutet das, dass ihre Parteien zuvor auf Bundesebene in der Opposition waren. In der Opposition gibt es deutlich weniger bedeutende Ämter, häufig nur den Parteivorsitz und die Fraktionsführung, wobei das auch bei vielen Parteien oftmals in eine Hand gelegt wird, wie aktuell bei der CDU und der Unionsfraktion im Bundestag. Nachdem Friedrich Merz zum Parteivorsitzenden gewählt wurde, wurde er kurz darauf auch Fraktionsvorsitzender. Dadurch erhielt er die Rolle des inoffiziellen Oppositionsführers. In dieser Rolle kann die in der Opposition verringerte Medienaufmerksamkeit mehr auf seine Person bündeln (vgl. Kathe 2022). Durch diese Ämterhäufung und Aufmerksamkeitskonzentration ist der Pool potenzieller Minister*innen auf Bundesebene kleiner. Darüber hinaus sind Personen mit Erfahrung in exekutiven Ämtern auf Bundesebene in Oppositionsparteien häufig damit belastet, dass sie vorher aus der Bundesregierung ausgeschieden sind, beispielsweise durch ein schlechtes Wahlergebnis, welches häufig als eine Bewertung der Wähler*innen für die Regierungsarbeit einer Partei betrachtet wird. Daher befinden sich also (a) wenige Personen in gehobenen Positionen, die die nötige öffentliche Aufmerksamkeit bekommen, auf der Bundesebene und (b) wenige Personen mit Erfahrung in exekutiven Ämtern auf Bundesebene auf ebendieser, die noch für Spitzenämter infrage kommen. Daher herrscht eine potentielle Personallücke im Kandidat*innenpool auf Bundesebene, oder zumindest weniger Konkurrenz, wodurch Kandidat*innen aus Landesregierungen mehr Chancen auf ein Amt in der Bundesregierung haben. Wenn diese Mitglied des Bundeskabinetts werden kann sich die Partei auch zugleich der häufig bei Regierungswechseln vorgebrachten Kritik erwehren, die neue Regierung hätte zu wenig Regierungserfahrung.

Hypothese 2: Unterschiede im zeitlichen Verlauf

Die zweite Hypothese nahm an, dass es im zeitlichen Verlauf einen Unterschied in der Ausprägung des statistischen Zusammenhangs gab. Auch diese bestätigte sich, und zwar folgendermaßen:

Statistische Beobachtung: Der statistische Zusammenhang zwischen der Nicht-Zugehörigkeit der Bundesregierung und der Wahrscheinlichkeit, mit der neue Mitglieder der Bundesregierung im Jahr vor der Ernennung oder Wahl Mitglied einer Landesregierung waren, ist seit dem Kabinett Schröder I geringer als in der Zeit bis zum Kabinett Kohl V.

Da, wie auch von Fischer und Kaiser (vgl. 2011, S. 197-198) bemerkt, die Wahrscheinlichkeit, dass ein neues Mitglied der Bundesregierung im Jahr vor der Ernennung oder Wahl Mitglied einer Landesregierung war, gewachsen ist, der oben erläuterte statistische Zusam-

menhang sich jedoch abgeschwächt hatte, liegt vielleicht die Begründung der statistischen Auffälligkeit in der erstgenannten Entwicklung.

Da sich die Rekrutierung von neuen Mitgliedern der Bundesregierung seit 1998 im Allgemeinen mehr für die Mitglieder von Landesregierungen geöffnet hat, ist die spezifische Nachfragesituation, wie in 5.1 erläutert, nicht mehr so relevant für den Aufstieg aus der Landes- in die Bundesregierung. Vor 1998 scheint die Relevanz des besonderen Fensters des Regierungswechsel für den Aufstieg von Mitgliedern von Landesregierungen größer gewesen zu sein. Die Nominierung von Landesregierungsmitgliedern für die Bundesregierung scheint zunehmend keine Notoption unter spezifischen Umständen zu sein, sondern eine normal zu erwägende Option. Dies könnte mit der größeren Fokussierung auf die Exekutive, die mit Globalisierung und der modernen Medienwelt einhergeht, zusammenhängen. Somit kann Mitglied einer Landesregierung heute relativ mehr Aufmerksamkeit und Popularität besitzen im Vergleich zu ihren potentiellen Konkurrent:innen, beispielsweise Bundestagsabgeordneten, als früher.

Hypothese 3: Unterschiede zwischen den Parteien

Die Hypothese, dass der statistische Zusammenhang zwischen den Parteien unterschiedlich ausgeprägt ist, hat sich ebenso bestätigt.

Statistische Beobachtung 1: Der statistische Zusammenhang zwischen der Nicht-Zugehörigkeit der Bundesregierung und der Wahrscheinlichkeit, mit der neue Mitglieder der Bundesregierung im Jahr vor der Ernennung oder Wahl Mitglied einer Landesregierung waren, ist bei der SPD ausgeprägter als bei der CDU.

Für diese statistische Auffälligkeit gibt es keine direkt ins Auge fallende Erklärung, dennoch sollte sie an dieser Stelle noch einmal erwähnt werden. Eine mögliche Erklärung könnte in verschiedenen Kulturen innerhalb der Parteien liegen. Wenn beispielsweise die Partei- und Parlamentsposten auf Bundesebene in Oppositionszeiten nur einen geringen Wert in einer Partei hätten, könnte die Partei dazu neigen, im Falle eines Regierungswechsels Personal aus Landesregierungen zu rekrutieren, da sich die besten Anwärter*innen nur zu einem geringen Teil auf Bundesebene befänden. Dies ist eine hypothetische Erklärung, deren Überprüfung weiterführende Datenauswertungen erfordern würde.

Statistische Beobachtung 2: Bei der CSU war trotz 48 untersuchten Fällen nur einer dabei, bei dem ein neues Mitglied der Bundesregierung im Jahr vor der Ernennung Mitglied der bayrischen Landesregierung war.

Die CSU hatte damit unterdurchschnittlich wenige Bundesregierungsmitglieder mit zeitnaher Landesregierungsvergangenheit. Der einzige Fall war Horst Seehofer, für den das Amt als Minister in der Bundesregierung keinen Aufstieg darstellte. Er wurde eher nach verlorenem Machtkampf gegen Markus Söder mit dem Ministerposten in Berlin für das verlorene Amt des bayrischen Regierungschefs entschädigt und machte so den Weg frei für Söder (vgl. Roth/Watzke 2017). Das entspricht durchaus der von Fischer und Kaiser (vgl. 2011, S. 198) beobachteten Rolle der Bundesregierung als Auffangbecken für prominente Landespolitiker*innen.

Eine wahrscheinliche Erklärung für die statistische Auffälligkeit bei der CSU liegt jedoch in ihrem Regionalparteicharakter. Während sie in Bayern die dominante Regierungspartei ist, über viele Wahlperioden hinweg sogar mit einer absoluten Mehrheit ausgestattet, ist sie in Berlin im Bundestag nur ein Teil der Unionsfraktion. Für Vertreter*innen von Regionalparteien ist häufig nicht die Bundesebene, sondern die Landesebene und ihre Exekutive das höchste Amt. Ihre Ämter dort bringen ihnen mehr Macht und mehr Prestige. Daher stellt der Wechsel nach Berlin in die Bundesregierung aus der bayrischen Landesregierung für die meisten keinen Fortschritt dar, eine eindeutige Ausnahme hiervon wäre wohl allein das Amt des*der Kanzler*in.

Zusammenfassung und Ausblick

Zusammenfassend scheinen die empirischen Auswertungen darauf hinzudeuten, dass die Bundesregierungszugehörigkeit einer Partei die Wahrscheinlichkeit beeinflusst, mit der ein neues Mitglied der Bundesregierung im Jahr vor der Ernennung oder Wahl Mitglied einer Landesregierung war. Die Wahrscheinlichkeit ist höher, wenn die Partei vorher kein Teil der Bundesregierung war.

Aus einer empirischen Beobachtung lässt sich kein kausaler Zusammenhang herauslesen. Aber die recht eindeutigen empirischen Beobachtungen in Kombination mit einer logischen Erklärung, die eine kausale Wirkung aufgrund der unterschiedlichen Konkurrenzsituation enthält, deuten doch auf einen kausalen Zusammenhang hin. Anschließend an die am Anfang der Arbeit diskutierten Literatur zur Selbst- und Fremdselektion weisen diese Ergebnisse darauf hin, dass die Frage der Konkurrenz ebenso eine große Wichtigkeit für die Fremdselektion besitzt.

Der Unterschied der Wahrscheinlichkeiten zwischen der Zeit bis zum Kabinett Kohl V. und der Zeit ab dem Kabinett Schröder I. lässt darauf schließen, dass für die Bedeutung der Bundesregierungszugehörigkeit für einen zeitnahen Aufstieg aus einer Landes- in die Bundesregierung auch die allgemeine Offenheit für Landesregierungsmitglieder bei der Rekrutierung für die Bundesregierung eine Rolle spielen. Metaphorisch gesehen verliert das Tor immer mehr an Bedeutung, wenn die Mauer löchrig wird, auch wenn das Tor weiterhin häufiger frequentiert wird. Das Möglichkeitsfenster der Regierungsübernahme scheint immer weniger wichtig zu sein aufgrund der allgemein häufigeren Aufstiege von der Landes- in die Bundesregierung. Diese Beobachtung spricht für eine zunehmende Bedeutung der Landesregierungsmitgliedschaft als Element der Selbstselektion.

Die Auswirkungen von Parteizugehörigkeit konnten auch aufgezeigt werden, die SPD-Mitgliedschaft scheint die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass ein neues Mitglied der Bundesregierung im Jahr vor der Ernennung oder Wahl Mitglied einer Landesregierung war. Auch wenn die Gründe hierfür im Umfang dieser Arbeit nicht analysiert werden konnten, konnten zumindest die CSU-Ergebnisse durch ihren Status als Regionalpartei erklärt werden.

Wie bereits angedeutet kann auf Grundlage dieser Arbeit weitere Forschung betrieben werden. Zum einen könnte der zeitliche Abstand zwischen Beginn der Tätigkeit in der Bundesregierung und der Frage nach der Mitgliedschaft in einer Landesregierung zeitlich gestaffelt untersucht werden, beispielsweise nach drei Monaten/ nach einem Jahr/ nach drei Jahren. Dies könnte der unter 3. thematisierten Problematik der Festlegung eines vorgesehenen Zeitabstands und der damit einhergehenden Willkür entgegenwirken. Auch könnte eine Miteinbeziehung der Ressorts weitere Erkenntnisse erbringen, ob beispielsweise bei manchen Bundesressorts oder aus bestimmten Landesressorts die Aufstiegsmöglichkeiten für Mitglieder der Landesregierungen relativ besser/schlechter sind.

Eine andere Möglichkeit die Arbeit auszubauen wäre, nicht nur die Mitgliedschaft der Landesexekutiven zu untersuchen, sondern auch Mitgliedschaften in Landesparlamenten oder Parteiämtern auf Landesebene. Damit könnte gegengeprüft werden, ob die erhöhte Wahrscheinlichkeit, dass ein neues Mitglied der Bundesregierung im Jahr vor der Ernennung oder Wahl Mitglied einer Landesregierung war, wenn die eigene Partei vorher kein Mitglied der Bundesregierung war, vielleicht nur Ausdruck einer erhöhten Aufstiegswahrscheinlichkeit aller Personen mit Positionen auf Landesebene ist. Durch diese Einführung von Kontrollvariablen könnte die Interpretation der Ergebnisse vertieft und der antizipierte Kausalzusammenhang gefestigt werden.

Am naheliegendsten wäre jedoch eine eher qualitative Analyse der Berufung zu Kabinettsmitgliedern auf Bundesebene, um die vermutete Kausalität der beobachteten Korrelation nicht nur allgemein begründen beziehungsweise für diese argumentieren zu können, sondern auch mit konkreter untersuchten Fällen.

Abbildungs-, Quellen- und Literaturverzeichnis

Abbildungsverzeichnis

Alle Tabellen und Diagramme sind selbst erstellt und beruhen auf eigenen Datenerhebungen.

Quellen zur Biographie von Mitgliedern der Bundesregierung

1949-1998

Kempf, Udo (Hg.) (2001): Kanzler und Minister 1949-1998. Biographisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

1998-2005

Kempf, Udo und Hans-Georg Merz (Hgg.) unter Mitarbeit von Markus Gloe (2008): Kanzler und Minister 1998-2005. Biographisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Seit 2005

Berlin.de: Lebenslauf Franziska Giffey, [online] <https://www.berlin.de/rbmskzl/regierende-buergermeisterin/wir-ueber-uns/regierende-buergermeisterin/> [Letzter Zugriff: 07.03.2022].

- Haunhorst, Regina (2017): Biografie Frank-Walter Steinmeier, in: LeMO-Biografien, Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, [online] <https://www.hdg.de/lemo/biografie/frank-walter-steinmeier.html> [Letzter Zugriff: 07.03.2022].
- Höpfinger, Renate: Michael Glos, in: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hg.): Geschichte der CDU – Personen, [online] <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/personen/biogramm-detail/-/content/michael-glos> [Letzter Zugriff: 07.03.2022].
- Lindsay, Denise: Johanna Wanka, in: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hg.): Geschichte der CDU – Personen, [online] <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/personen/biogramm-detail/-/content/johanna-wanka-v1> [Letzter Zugriff: 07.03.2022].
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2022): Das Bundeskabinett, [online] <https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/bundeskanzleramt/bundeskabinett> [Letzter Zugriff: 13.03.2022].
- Online-Dienste des Deutschen Bundestages: Deutscher Bundestag – Abgeordnete, [online] <https://www.bundestag.de/webarchiv/abgeordnete> [Letzter Zugriff: 15.03.2022].
- Redaktion Datenhandbuch (2022): Das Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages, [online] <https://www.bundestag.de/datenhandbuch> [Letzter Zugriff: 15.03.2022].
- Siemens Healthcare GmbH: Dr. Philipp Rösler, [online] <https://www.siemens-healthineers.com/deu/investor-relations/supervisory-board/philipp-roesler> [Letzter Zugriff: 07.03.2022].
- Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern: Manuela Schwesig – Ministerpräsidentin, [online] <https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/stk/Ministerpraesidentin> [Letzter Zugriff: 07.02.2022].
- Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft: Wolfgang Tiefensee, [online] <https://wirtschaft.thueringen.de/ministerium/hausleitung/wolfgang-tiefensee> [Letzter Zugriff: 13.03.2022].
- Zehender, Kathrin: Annegret Kramp-Karrenbauer, in: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hg.): Geschichte der CDU – Personen, [online] <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/personen/biogramm-detail/-/content/annegret-kramp-karrenbauer-v1> [Letzter Zugriff: 07.03.2022].
- Zündorf, Irmgard und Stefanie Eisenmacher (2021): Biografie Wolfgang Schäuble, in: LeMO-Biografien, Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, [online] <https://www.hdg.de/lemo/biografie/wolfgang-schaeuble.html> [Letzter Zugriff 07.03.2022].

Literatur

- Armbruster, Frankfurt (1973): Ressort-Rotationen in Großbritannien und in der Bundesrepublik Deutschland. Minister: Fachmann oder Politiker?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/4, 95-110.
- von Beyme, Klaus (1971): Ministerverantwortlichkeit und Regierungsstabilität – Zum Verhältnis von Bundestag und Bundesregierung, in: Winfried Steffani (Hg.): Parlamentarismus ohne Transparenz (Kritik, Band 3), Opladen: Westdeutscher Verlag, 124-140.

- Borchert, Jens und Lutz Golsch (1999): Deutschland: Von der „Honoratiorenzunft“ zur politischen Klasse, in: Jens Borchert (Hg.) unter Mitarbeit von Jürgen Zeiß: Politik als Beruf. Die politische Klasse in westlichen Demokratien (Europa- und Nordamerika-Studien, Band 5), Opladen: Leske + Budrich, 114-140.
- Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hg.) (2022): Landesregierung, in: einfach POLITIK: Lexikon, [online] <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-in-einfacher-sprache/249960/landesregierung/#:~:text=Die%20Landesregierung%20ist%20Teil%20der,Zur%20Landesregierung%20geh%C3%B6ren%3A&text=der%20Ministerpr%C3%A4sident%20oder%20die%20Ministerpr%C3%A4sidentin&text=Landesminister%20und%20Landesministerinnen> [Letzter Zugriff: 15.03.2022].
- Detterbeck, Klaus (2011): Parteikarrieren im föderalen Mehrebenensystem. Zur Verknüpfung von öffentlichen Mandaten und innerparteilichen Führungspositionen, in: Michael Edinger und Werner J. Patzelt (Hgg.): Politik als Beruf. PVS-Sonderheft 44/2010, Wiesbaden: VS Verlag, 145-167.
- Fischer, Jörn und André Kaiser (2009): Linkages between Parliamentary and Ministerial Careers in Germany, 1949–2008: The Bundestag as Recruitment Pool, in: German Politics 2/18, 140-154.
- Fischer, Jörn und André Kaiser (2010): Der Bundestag: Sprungbrett oder Auffangbecken? Ministerkarrieren zwischen Parlament und Exekutive, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/41, 36-41.
- Fischer, Jörn und André Kaiser (2011): Wie gewonnen, so zerronnen? Selektions- und Deselektionsmechanismen in den Karrieren deutscher Bundesminister, in: Michael Edinger und Werner J. Patzelt (Hgg.): Politik als Beruf. PVS-Sonderheft 44/2010, Wiesbaden: VS Verlag, 192-212.
- Gruber, Andreas K. (2009): Der Weg nach ganz oben. Karriereverläufe deutscher Spitzenpolitiker, Wiesbaden: VS Verlag.
- Ismayr, Wolfgang (2. Aufl. 2001): Der Deutsche Bundestag im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen: Leske + Budrich.
- Kathe, Sandra (2022): CDU-Vorsitzender auch zum Unions-Fraktionschef gewählt, in: Frankfurter Rundschau am 15.02.2022, [online] <https://www.fr.de/politik/cdu-vorsitzender-merz-unions-fraktionschef-gewaeht-bundestag-cdu-csu-brinkhaus-laschet-soeder-91350716.html> [Letzter Zugriff: 15.03.2022].
- Löffler, Bernhard (2002): Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis. Das Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard (Beihefte zur Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Band 162), Stuttgart: Steiner Verlag.
- Manow, Philip (2005): Die politische Kontrolle der Ministerialbürokratie des Bundes: Bedeutung der Landesebene, in: Steffen Ganghof und Philip Manow (Hgg.): Mechanismen der Politik. Strategische Interaktion im deutschen Regierungssystem, Frankfurt am Main: Campus Verlag, 245-276.
- Ohmura, Tamaki, Stefanie Bailer, Peter Meißner und Peter Selb (2018): Party animals, career changers and other pathways into parliament, in: West European Politics 1/41, 169-195.
- Roth, Barbara und Michael Watzke (2017): Vor dem CSU-Parteitag / Machtkampf beendet, Landtagswahl im Blick, in: Deutschlandfunk am 14.12.2017, [online] <https://www.deutschlandfunk.de/vor-dem-csu-parteitag-machtkampf-beendet-landtagswahl-im-100.html> [Letzter Zugriff: 15.03.2022].
- Thiébaud, Jean-Louis (1991): Local and Regional Politics and Cabinet Membership, in: Jean Blondel und Jean-Louis Thiébaud (Hgg.): The Profession of Government Minister in Western Europe, New York: Palgrave Macmillan, 31-43.

Vogel, Lars (2009): Der Weg ins Kabinett – Karrieren von Ministern in Deutschland. Eine empirische Analyse unter besonderer Berücksichtigung der Rekrutierungsfunktion der Parlamente (Europäische Hochschulschriften, Reihe XXXI Politikwissenschaft, Band 576), Frankfurt am Main: Internationaler Verlag der Wissenschaften.

A Anhang

Die folgende Tabelle ist die Liste der untersuchten Fälle.

Partei = Parteizugehörigkeit bei der Ernennung

BRZ = Bundesregierungszugehörigkeit der Partei bei Ernennung (1=ja, 0=nein)

ILRZ = Individuelle Landesregierungszugehörigkeit (1=Mitglied einer Landesregierung im Jahr vor der Ernennung, 0=kein Amt)

Name	Partei	Zeit (Beginn)	BRZ	ILRZ
Konrad Adenauer	CDU	1949	0	0
Franz Blücher	FDP	1949	0	1
Thomas Dehler	FDP	1949	0	0
Ludwig Erhard	CDU	1949	0	0
Gustav Walter Heinemann	CDU	1949	0	0
Heinrich Hellwege	DP	1949	0	0
Jakob Kaiser	CDU	1949	0	0
Hans Lukaschek	CDU	1949	0	0
Wilhelm Niklas	CSU	1949	0	0
Friedrich Schäffer	CSU	1949	0	0
Hans Schubert	CSU	1949	0	0
Hans-Christoph Seebohm	DP	1949	0	0
Anton Valentin Storch	CDU	1949	0	0
Eberhard Wildermuth	FDP/DVP	1949	0	0
Robert Lehr	CDU	1950	1	0
Konrad Adenauer	CDU	1951	1	0
Fritz Neumayer	FDP	1952	1	0
Siegfried Balke	CSU	1953	1	0
Waldemar Erich Kraft	GB/BHE	1953	0	1
Heinrich Lübke	CDU	1953	1	1
Fritz Neumayer	FDP	1953	1	0
Theodor Oberländer	GB/BHE	1953	0	0
Victor-Emanuel Preusker	FDP	1953	1	0
Hermann Schäfer	FDP	1953	1	0
Gerhard Schröder	CDU	1953	1	0

Name	Partei	Zeit (Beginn)	BRZ	ILRZ
Franz Josef Strauß	CSU	1953	1	0
Robert Tillmanns	CDU	1953	1	0
Franz-Josef Wuermeling	CDU	1953	1	0
Theodor Blank	CDU	1955	1	0
Heinrich von Brentano di Trimezzo	CDU	1955	1	0
Hans-Joachim von Merkatz	DP	1955	1	0
Franz Josef Strauß	CSU	1955	1	0
Siegfried Balke	CSU	1956	1	0
Ernst Lemmer	CDU	1956	1	0
Hans-Joachim von Merkatz	DP	1956	1	0
Franz Josef Strauß	CSU	1956	1	0
Siegfried Balke	CSU	1957	1	0
Theodor Blank	CDU	1957	1	0
Frank Etzel	CDU	1957	1	0
Ernst Lemmer	CDU	1957	1	0
Hermann Lindrath	CDU	1957	1	0
Paul Lücke	CDU	1957	1	0
Friedrich Schäffer	CSU	1957	1	0
Richard Stücklen	CSU	1957	1	0
Werner Schwarz	CDU	1959	1	0
Hans-Joachim von Merkatz	CDU	1960	1	0
Hans Wilhelmi	CDU	1960	1	0
Siegfried Balke	CSU	1961	1	0
Hermann Höcherl	CSU	1961	1	0
Heinrich Krone	CDU	1961	1	0
Hans Lenz	FDP	1961	0	0
Paul Lücke	CDU	1961	1	0
Wolfgang Mischnick	FDP	1961	0	0
Walter Scheel	FDP	1961	0	0
Gerhard Schröder	CDU	1961	1	0
Elisabeth Schwarzhaupt	CDU	1961	1	0
Wolfgang Stammberger	FDP	1961	0	0
Heinz Starke	FDP	1961	0	0
Rainer Barzel	CDU	1962	1	0
Ewald Bucher	FDP	1962	1	0

Name	Partei	Zeit (Beginn)	BRZ	ILRZ
Rolf Dahlgrün	FDP	1962	1	0
Werne Dollinger	CSU	1962	1	0
Bruno Heck	CDU	1962	1	0
Hans Lenz	FDP	1962	1	0
Alois Niederalt	CSU	1962	1	0
Kai-Uwe von Hassel	CDU	1963	1	1
Hans Krüger	CDU	1963	1	0
Erich Mende	FDP	1963	1	0
Kurt Schmücker	CDU	1963	1	0
Ernst Lemmer	CDU	1964	1	0
Ludger Westrick	Parteilos	1964		
Ewald Bucher	FDP	1965	1	0
Johann Baptist Gradl	CDU	1965	1	0
Hermann Höcherl	CSU	1965	1	0
Richard Jäger	CSU	1965	1	0
Hans Katzer	CDU	1965	1	0
Paul Lücke	CDU	1965	1	0
Gerhard Stoltenberg	CDU	1965	1	0
Karl Weber	CDU	1965	1	0
Willy Brandt	SPD	1966	0	0
Werne Dollinger	CSU	1966	1	0
Kai-Uwe von Hassel	CDU	1966	1	0
Gustav Walter Heinemann	SPD	1966	0	0
Kurt Georg Kiesinger	CDU	1966	1	1
Lauritz Lauritzen	SPD	1966	0	1
Georg Leber	SPD	1966	0	0
Karl Schiller	SPD	1966	1	0
Carlo Schmid	SPD	1966	0	0
Kurt Schmücker	CDU	1966	1	0
Gerhard Schröder	CDU	1966	1	0
Franz Josef Strauß	CSU	1966	1	0
Käte Strobel	SPD	1966	0	0
Herbert Wehner	SPD	1966	0	0
Hans-Jürgen Wischnewski	SPD	1966	0	0
Ernst Benda	CDU	1968	1	0

Name	Partei	Zeit (Beginn)	BRZ	ILRZ
Aenne Brauksiepe	CDU	1968	1	0
Erhard Eppler	SPD	1968	1	0
Walter Arendt	SPD	1969	1	0
Willy Brandt	SPD	1969	1	0
Horst Paul August Ehmke	SPD	1969	1	0
Horst Paul August Ehmke	SPD	1969	1	0
Josef Ertl	FDP	1969	0	0
Egon Franke	SPD	1969	1	0
Hans-Dietrich Genscher	FDP	1969	0	0
Gerhard Jahn	SPD	1969	1	0
Georg Leber	SPD	1969	1	0
Hans Leussink	Parteilos	1969		
Alexander Johann Heinrich Friedrich Möller	SPD	1969	1	0
Walter Scheel	FDP	1969	0	0
Helmut Schmidt	SPD	1969	1	0
Käte Strobel	SPD	1969	1	0
Heinrich Windelen	CDU	1969	1	0
Egon Karl Heinz Bahr	SPD	1972	1	0
Klaus von Dohnanyi	SPD	1972	1	0
Horst Paul August Ehmke	SPD	1972	1	0
Katharina Focke	SPD	1972	1	0
Hans Friderichs	FDP	1972	1	0
Lauritz Lauritzen	SPD	1972	1	0
Lauritz Lauritzen	SPD	1972	1	0
Georg Leber	SPD	1972	1	0
Werner Maihofer	FDP	1972	1	0
Helmut Schmidt	SPD	1972	1	0
Helmut Schmidt	SPD	1972	1	0
Hans-Jochen Vogel	SPD	1972	1	0
Hans Apel	SPD	1974	1	0
Egon Karl Heinz Bahr	SPD	1974	1	0
Hans-Dietrich Genscher	FDP	1974	1	0
Kurt Gscheidle	SPD	1974	1	0
Werner Maihofer	FDP	1974	1	0
Hans Matthöfer	SPD	1974	1	0

Name	Partei	Zeit (Beginn)	BRZ	ILRZ
Karl Ravens	SPD	1974	1	0
Helmut Rohde	SPD	1974	1	0
Helmut Schmidt	SPD	1974	1	0
Hans-Jochen Vogel	SPD	1974	1	0
Herbert Ehrenberg	SPD	1976	1	0
Antje Huber	SPD	1976	1	0
Marie Schlei	SPD	1976	1	0
Otto Graf Lambsdorff	FDP	1977	1	0
Hans Apel	SPD	1978	1	0
Gerhart Rudolf Baum	FDP	1978	1	0
Dieter Haack	SPD	1978	1	0
Volker Hauff	SPD	1978	1	0
Hans Matthöfer	SPD	1978	1	0
Rainer Offergeld	SPD	1978	1	0
Jürgen Dieter Paul Schmude	SPD	1978	1	0
Andreas von Bülow	SPD	1980	1	0
Kurt Gscheidle	SPD	1980	1	0
Volker Hauff	SPD	1980	1	0
Björn Engholm	SPD	1981	1	0
Jürgen Dieter Paul Schmude	SPD	1981	1	0
Rainer Barzel	CDU	1982	0	0
Norbert Blüm	CDU	1982	0	0
Hans Arnold Engelhard	FDP	1982	1	0
Anke Fuchs	SPD	1982	1	0
Heiner Geißler	CDU	1982	0	0
Helmut Kohl	CDU	1982	0	0
Manfred Lahnstein	SPD	1982	1	0
Hans Matthöfer	SPD	1982	1	0
Heinz Riesenhuber	CDU	1982	0	0
Oscar Schneider	CSU	1982	0	0
Christian Schwarz-Schilling	CDU	1982	0	0
Gerhard Stoltenberg	CDU	1982	0	1
Jürgen Warnke	CSU	1982	0	0
Heinz Westphal	SPD	1982	1	0
Dorothee Wilms	CDU	1982	0	0

Name	Partei	Zeit (Beginn)	BRZ	ILRZ
Manfred Hermann Wörner	CDU	1982	0	0
Friedrich Zimmermann	CSU	1982	0	0
Ignaz Kiechle	CSU	1983	1	0
Heinrich Windelen	CDU	1983	1	0
Martin Bangemann	FDP	1984	1	0
Wolfgang Schäuble	CDU	1984	1	0
Rita Süßmuth	CDU	1985	1	0
Rita Süßmuth	CDU	1986	1	0
Walter Wallmann	CDU	1986	1	0
Hans Klein	CSU	1987	1	0
Jürgen W. Möllemann	FDP	1987	1	0
Klaus Töpfer	CDU	1987	1	1
Jürgen Warnke	CSU	1987	1	0
Dorothee Wilms	CDU	1987	1	0
Helmut Haussmann	FDP	1988	1	0
Ursula Lehr	CDU	1988	1	0
Rupert Scholz	CDU	1988	1	1
Gerda Hasselfeldt	CSU	1989	1	0
Hans Klein	CSU	1989	1	0
Wolfgang Schäuble	CDU	1989	1	0
Rudolf Seiters	CDU	1989	1	0
Gerhard Stoltenberg	CDU	1989	1	0
Theo Waigel	CSU	1989	1	0
Jürgen Warnke	CSU	1989	1	0
Friedrich Zimmermann	CSU	1989	1	0
Sabine Bergmann-Pohl	CDU	1990	1	0
Günther Krause	CDU	1990	1	0
Lothar de Maizière	CDU	1990	1	0
Rainer Ortleb	FDP	1990	1	0
Hansjoachim Walther	DSU	1990	0	0
Friedrich Bohl	CDU	1991	1	0
Gerda Hasselfeldt	CSU	1991	1	0
Klaus Kinkel	FDP	1991	1	0
Günther Krause	CDU	1991	1	0
Angela Merkel	CDU	1991	1	0

Name	Partei	Zeit (Beginn)	BRZ	ILRZ
Jürgen W. Möllemann	FDP	1991	1	0
Rainer Ortleb	FDP	1991	1	0
Hannelore Rönsch	CDU	1991	1	0
Irmgard Schwaetzer	FDP	1991	1	0
Rudolf Seiters	CDU	1991	1	0
Carl-Dieter Spranger	CSU	1991	1	0
Klaus Kinkel	FDP	1992	1	0
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger	FDP	1992	1	0
Volker Rühle	CDU	1992	1	0
Horst Seehofer	CSU	1992	1	0
Jochen Borchert	CDU	1993	1	0
Wolfgang Bötsch	CSU	1993	1	0
Manfred Kanther	CDU	1993	0	0
Paul Krüger	CDU	1993	1	0
Günter Rexrodt	FDP	1993	1	0
Jürgen Rüttgers	CDU	1993	1	0
Matthias Wissmann	CDU	1993	1	0
Matthias Wissmann	CDU	1993	1	0
Karl-Hans Laermann	FDP	1994	1	0
Angela Merkel	CDU	1994	1	0
Claudia Nolte	CDU	1994	1	0
Klaus Töpfer	CDU	1994	1	0
Edzard Schmidt-Jortzig	FDP	1996	1	0
Eduard Oswald	CSU	1998	1	0
Christine Bergmann	SPD	1998	0	1
Edelgard Bulmahn	SPD	1998	0	0
Herta Däubler-Gmelin	SPD	1998	0	0
Andrea Fischer	Grüne	1998	0	0
Joschka Fischer	Grüne	1998	0	0
Karl-Heinz Funke	SPD	1998	0	1
Bodo Hombach	SPD	1998	0	1
Oskar Lafontaine	SPD	1998	0	1
Werner Müller	Parteilos	1998	0	0
Franz Müntefering	SPD	1998	0	0
Walter Riester	SPD	1998	0	0

Name	Partei	Zeit (Beginn)	BRZ	ILRZ
Rudolf Albert Scharping	SPD	1998	0	0
Otto Schilly	SPD	1998	0	0
Gerhard Schröder	SPD	1998	0	1
Jürgen Trittin	Grüne	1998	0	0
Heidemarie Wieczorek-Zeul	SPD	1998	0	0
Hans Eichel	SPD	1999	1	1
Reinhard Klimmt	SPD	1999	1	1
Kurt Bodewig	SPD	2000	1	0
Renate Elly Künast	Grüne	2001	1	0
Ursula Schmidt	SPD	2001	1	0
Wolfgang Clement	SPD	2002	1	1
Renate Schmidt	SPD	2002	1	0
Ursula Schmidt	SPD	2002	1	0
Manfred Stolpe	SPD	2002	1	1
Peter Struck	SPD	2002	1	0
Brigitte Zypries	SPD	2002	1	0
Angela Merkel	CDU	2005	0	0
Frank-Walter Steinmeier	SPD	2005	1	0
Wolfgang Schäuble	CDU	2005	0	0
Peer Steinbrück	SPD	2005	1	1
Michael Glos	CSU	2005	0	0
Franz Müntefering	SPD	2005	1	0
Horst Seehofer	CSU	2005	0	0
Franz Josef Jung	CDU	2005	0	0
Ursula von der Leyen	CDU	2005	0	1
Ursula Schmidt	SPD	2005	1	0
Wolfgang Tiefensee	SPD	2005	1	0
Sigmar Gabriel	SPD	2005	1	0
Annette Schavan	CDU	2005	0	1
Thomas de Maizière	CDU	2005	0	0
Olaf Scholz	SPD	2007	1	0
Ilse Aigner	CSU	2008	1	0
Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg	CSU	2009	1	0
Franz Josef Jung	CDU	2009	1	0
Guido Westerwelle	FDP	2009	0	0

Name	Partei	Zeit (Beginn)	BRZ	ILRZ
Thomas de Maizière	CDU	2009	1	0
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger	FDP	2009	0	0
Wolfgang Schäuble	CDU	2009	1	0
Rainer Brüderle	FDP	2009	0	0
Philipp Rösler	FDP	2009	0	1
Ursula von der Leyen	CDU	2009	1	0
Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg	CSU	2009	1	0
Kristina Schröder	CDU	2009	1	0
Peter Ramsauer	CSU	2009	1	0
Norbert Röttgen	CDU	2009	1	0
Dirk Niebel	FDP	2009	0	0
Roland Pofalla	CDU	2009	1	0
Hans-Peter Friedrich	CSU	2011	1	0
Philipp Rösler	FDP	2011	1	0
Thomas de Maizière	CDU	2011	1	0
Daniel Bahr	FDP	2011	1	0
Peter Altmaier	CDU	2012	1	0
Peter Altmaier	CDU	2013	1	0
Johanna Wanka	CDU	2013	1	1
Frank-Walter Steinmeier	SPD	2013	0	0
Sigmar Gabriel	SPD	2013	0	0
Thomas de Maizière	CDU	2013	1	0
Heiko Maas	SPD	2013	0	1
Andrea Nahles	SPD	2013	0	0
Hans-Peter Friedrich	CSU	2013	1	0
Ursula von der Leyen	CDU	2013	1	0
Manuela Schwesig	SPD	2013	0	1
Hermann Gröhe	CDU	2013	1	0
Alexander Dobrindt	CSU	2013	1	0
Barbara Hendricks	SPD	2013	0	0
Gerd Müller	CSU	2013	1	0
Christian Schmidt	CSU	2014	1	0
Sigmar Gabriel	SPD	2017	1	0
Brigitte Zypries	SPD	2017	1	0
Katarina Barley	SPD	2017	1	0

Name	Partei	Zeit (Beginn)	BRZ	ILRZ
Peter Altmaier	CDU	2018	1	0
Katarina Barley	SPD	2018	1	0
Heiko Maas	SPD	2018	1	0
Horst Seehofer	CSU	2018	1	1
Olaf Scholz	SPD	2018	1	1
Hubertus Heil	SPD	2018	1	0
Julia Klöckner	CDU	2018	1	0
Franziska Giffey	SPD	2018	1	0
Jens Spahn	CDU	2018	1	0
Andreas Scheuer	CSU	2018	1	0
Svenja Schulze	SPD	2018	1	1
Anja Karliczek	CDU	2018	1	0
Helge Braun	CDU	2018	1	0
Christine Lambrecht	SPD	2019	1	0
Annegret Kramp-Karrenbauer	CDU	2019	1	0
Christine Lambrecht	SPD	2021	1	0
Olaf Scholz	SPD	2021	1	0
Svenja Schulze	SPD	2021	1	0
Robert Habeck	Grüne	2021	0	0
Christian Lindner	FDP	2021	0	0
Nancy Faeser	SPD	2021	1	0
Annalena Baerbock	Grüne	2021	0	0
Marco Buschmann	FDP	2021	0	0
Cem Özdemir	Grüne	2021	0	0
Anne Spiegel	Grüne	2021	0	1
Karl Lauterbach	SPD	2021	1	0
Volker Wissing	FDP	2021	0	1
Steffi Lemke	Grüne	2021	0	0
Bettina Stark-Watzinger	FDP	2021	0	0
Klara Geywitz	SPD	2021	1	0
Wolfgang Schmidt	SPD	2021	1	0

Notes

1. In dieser Arbeit wird mit Sternchen gegendert.
2. Jüngste Beispiele sind hier Annalena Baerbock und Robert Habeck, die im Vorlauf ihrer Ernennungen zu

Minister*innen Parteivorsitzende von Bündnis 90/DIE GRÜNEN waren.

3. 15.03.2022.

4. Unter Ressortveränderungen wird beispielsweise das Hinzufügen oder das Streichen bestimmter Zuständigkeitsbereiche verstanden. Wenn allein die Reihenfolge der Benennung geändert wurde, wenn beispielsweise aus ‚Ministerium für A und B‘ das ‚Ministerium für B und A‘ wurde, wurde das nicht als Ressortveränderung verstanden.

5. Dies ist darin begründet, dass es in dieser Arbeit um den Zusammenhang zwischen unmittelbar (oder sehr zeitnah) vorheriger Landesregierungszugehörigkeit und der vorherigen Bundesregierungszugehörigkeit der jeweiligen Partei geht. Einzige Ausnahme ist hierbei Ludwig Erhard. Auch wenn Erhard vermutlich nie einen offiziellen Mitgliedsantrag bei der CDU gestellt hat (vgl. Fischer/Kaiser 2011, S. 196) und somit nie reguläres Mitglied war, wurde er in der Öffentlichkeit als der CDU zugehörig betrachtet und bezeichnete sich auch selbst als CDU-Bundestagsabgeordneter und CDU-Minister (vgl. Löffler 2002, S. 457). Daher wurde er in der statistischen Auswertung als ein der CDU zugehöriges Mitglied der Bundesregierung betrachtet.

6. Ludwig Erhard wurde aus den bereits erläuterten Gründen als CDU-Minister aufgenommen und ist Teil der 333 Fälle, die Teil der Endauswertung sind.

Herausgegeben durch:

Wiebke Stein, Patrick Marquardt, Leah Strobel, Sarah Sophie Lange, Philipp Buhk